

Interesse der Kapitalisten... Nach Abzug dieser Kapitalisten... die Größe im einzelnen Falle von der Konjunktur (Angebot und Nachfrage) und verschiedenen andern Faktoren abhängig ist. Die Verteilung des Profites innerhalb der verschiedenen Kategorien von Kapitalisten: Industrieller, Händler und Bankier, ist für diese Verteilung ohne wesentliche Bedeutung, da es hier nur auf den Gewinn ankommt, das auch die Zinsen jedes Geldkapitals Ergebnis unbegrenzter menschlicher Arbeit sind.

Ein beträchtlicher Teil des in der Wirtschaft vermehrten Geldkapitals der augenblicklichen Wirtschaft besteht aus den Schuldtiteln der Länder, der Kommunen und des Reiches. Marx sagt im dritten Bande des „Kapital“, daß die Summen, die dem Staat geliehen worden sind, nie dazu bestimmt waren, als Kapital verausgabt, angelegt zu werden. Nur durch ihre Anlage als Kapital hätten sie aber in einem sich erhaltenden Wert verwandelt werden können. Wie wir wissen, ist nur ein geringer Teil der Anleihebeiträge produktiv angelegt worden. Dazu rechnen u. a. die Anleihen für Eisenbahnbauten, die für die Errichtung staatlicher oder kommunaler Industrieanlagen und dergleichen. Der überwiegende Teil aller Anleihen (darunter fast die gesamten im Krieg und seit dem Kriege eingegangenen Verpflichtungen) aber ist nicht Dokument eines vorhandenen Wertes, aus dessen produktiver Anwendung Mehrwert herausgewirkt wird, sondern gerade im Gegenteil Zeichen eines nicht mehr existierenden Kapitals. Die Zinsen aller Anleihen werden aus den Steuererträgen des Reiches bezahlt. Steuereinkünfte aber sind zum Teil ein mehr oder minder großer Prozentsatz des Arbeitslohnes der Bevölkerung. Sie sind eine schwerwiegende Verringerung des Realeinkommens der großen Masse unseres Volkes. Die Zinszahlung auf Anleihen ist also in Wirklichkeit eine mittelbare Veräußerung der Ausbeutung zugunsten der im Besitz dieser Schuldverschreibungen befindlichen Schichten. Die mehr als 10 Milliarden Jahreszinsen der deutschen Reichsschuld werden schon rechnerisch zu einem beträchtlichen Teil durch die Steuern der Arbeitnehmer aufgebracht. Tatsächlich werden sie natürlich ausschließlich aus der gegenwärtigen oder früheren Arbeitsleistung des Volkes bezahlt, denn es gibt keinen andern werkschaffenden Faktor.

Die Anleihepapiere, die kein Kapital, sondern gewissermaßen die Quittung über verbrauchtes, unproduktiv angewandtes Kapital sind, funktionieren aber in der Hand ihrer Käufer als Geldkapital. Sie dienen zum Teil als Rentenpapiere, zum Teil als Unterlage künftiger kommerzieller oder industrieller Veräußerung. Die Zinsen, die sie abwerfen, sind für den Käufer Kaufkraft. (Man beachte in diesem Zusammenhang, daß Aktien- und Industriebondobligationen gemeint die Vertreter wirklichen, d. h. produktiven oder wenigstens produktionsfähigen Kapitals sind. Ihre Dividenden und Zinsen repräsentieren den Ertragsüberschuss der Unternehmen über die bei der Gütererzeugung für geleistete Arbeit bezahlten Summen — also den von den Besitzern der Produktionsmittel angelegenen und realisierten Teil der durch die Gesamtarbeit geschaffenen Werte. Der Ertragswert der einzelnen Papiere hat oft nichts mit dem Wert der produktiven Anlagen zu tun, sondern ergibt sich gewöhnlich aus dem Dividenden- oder Zinsfuß, der gezahlt wird, und seinem Verhältnis zum durchschnittlichen Zinsfuß. — Banknoten sind in normalen Zeiten fast ausschließlich gegen Weltmarktgeld (Edelmetall) einguldfende Verpflichtungsscheine der privilegierten Notenbanken. Ihre Summe stellt sich dann stets in einem bestimmten Verhältnis zur Quantität des bei der betreffenden Notenbank vorhandenen Weltmarktgeldes. Nach Aufhebung des Einlösungszwanges, die z. B. in Deutschland Anfang August 1914 erfolgt ist, sind sie streng genommen nur noch Zirkulationsmittel, deren internationale Verwertung von der Handelsbilanz des betreffenden Landes und dem Vertrauen abhängt, das man im Auslande seiner Finanzgebarung, der Ergiebigkeit seiner Steuerquellen usw. entgegenbringt. Ihr tatsächlicher Kaufwert erhält sich durch den offiziellen Zwangskurs und die Gewohnheit der sie als Zahlungsmittel benutzenden Menschen gewöhnlich auf einem etwas höheren Prozentsatz des Nennwertes. Doch hängt dies von der Art der internationalen Verknüpfung und den diesbezüglichen Regierungsmaßnahmen des betreffenden Landes ab.)

Das produktive Kapital der Gesellschaft aber besteht aus Grund und Boden, Industrieanlagen, Transportmitteln, Maschinen, Wertgegenständen, Stoffen, Halb- und Fertigfabrikaten usw. Für die Anwendung dieses Kapitals wird menschliche Arbeitskraft in großem Maßstab gebraucht. Da nun das tatsächliche Kapital innerhalb unserer Wirtschaft sich — wie oben bemerkt — durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen außerordentlich verringert hat, ist es eine unerträgliche Wehrbelastung des arbeitenden Volkes, daß bei nicht mehr existierender Teil des früheren Kapitals in Gestalt der Anleihepapiere als Geldkapital weiter leben und einen Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit fordern darf. Wir wissen, daß wir eine Verringerung des starken Druckes, der augenblicklich auf unserer Wirtschaft lastet, nur durch eine außerordentliche Steigerung der Produktivität menschlicher Arbeit herbeiführen können. Voraussetzungen hierfür sind es aber ansehnlich die mangelhafte Ernährung und der unzureichenden Versorgung mit den notwendigen Verbrauchsmitteln zur Zeit nicht in dem Umfang geblieben sein, wie es die Erweiterung der Produktion erfordert. Es ist jedoch bekannt, daß der Teil der Bevölkerung, der über hohes Einkommen oder entsprechenden Besitz verfügt, sich trotz dieser Notlage des ganzen Volkes in seinem Verbrauch nicht entsprechend einschränkt, daß vielmehr in einzelnen Schichten ein Kaufkaumel vorhanden ist, der zu einer fortgesetzten Verringerung der verfügbaren Güter führt. In einer Zeit außerordentlicher Mangelnot wird die überdurchschnittliche Kaufkraft einer größeren Anzahl Volksschichten so veräußert, daß der Verbrauch der minderbemittelten Bevölkerung unter das Existenzminimum herabgedrückt wird. Wenn der Arbeiter nicht soviel an Lebensmitteln und Verbrauchsgüter erhalten, daß er mit voller Arbeitskraft tätig sein kann, dann wird die Quelle der notwendigen Produktionsleistung verstopft. Daraus ergibt sich, daß die gerechte Verteilung der vorhandenen und der neu produzierten Güter eine Vorbedingung wirtschaftlicher Gesundung ist. Eine andere Vorbedingung aber ist die Schaffung eines neuen Verhältnisses der arbeitenden Menschen zum Produktionsorganismus. Der Arbeitnehmer darf nicht mehr Objekt der Wirtschaft bleiben, nachdem er sich der Notwendigkeit bewußt geworden ist, lebendigen Anteil an der Ausgestaltung und der Führung dieser Wirtschaft zu nehmen. Die Planlosigkeit der Erzeugung, die Anarchie im Handel und die

schamlose Ausbeutung der menschlichen Kraft des ganzen Volkes in Form einer „Hochkonjunktur“ sind die Merkmale einer in sich zusammenbrechenden Wirtschaft und der mit ihr unauflösbar verbundenen gesellschaftlichen Ordnung. Die beiden oben angeführten Vorbedingungen einer gesteigerten Produktion sind nur dadurch zu erfüllen, daß das Anleihekapital besetzt und das produktive Kapital in den Besitz der Gesellschaft übergeben wird. Diese Vergegenständlichung der Produktionsmittel verhindert die Ausbeutung eines Teiles des Volkes durch den andern. Sie erschwert den unethischen Konsum einzelner Volksschichten und setzt den Ausbau der Wirtschaft unter dem Gesichtspunkte der Bedarfsbefriedigung mit der Erzeugung des höchsten Profites ein. Nur in dieser Form wird es möglich sein, die unerschlossenen Kräfte, die der deutsche Boden und der deutsche Mensch in reichem Maße bergen, zum Nutzen der Gesamtheit zu erschließen.

Deutschland steht vor der Aufgabe, sich unter Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft als eine enge Arbeiter- und Volksgemeinschaft neu zu organisieren. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, einen Ausweg aus dem heutigen Chaos zu zeigen, denn alle Wege, die er beschreiten will, bedeuten fortgesetzte Verelendung großer Massen, erhöhte Ausbeutung der menschlichen Arbeit. In klarer Erkenntnis der einzigen Möglichkeit eines sinnvollen Aufbaues der neuen Gesellschaft fordert die sozialistische Arbeiterpartei der ganzen Welt: gerechte Verteilung der Arbeitsverdienste, enge Verknüpfung des arbeitenden Menschen mit seinem Tun, planmäßige Entfaltung der Produktivkräfte und Ausbarmachung aller kulturellen Güter für die Gesamtheit.

### Was die deutschnationalen Kapp-Putschisten sinnen! 10 000 Berliner Proletarier verhungern lassen!

Die Korrespondenz der Londoner Daily News, Frau Clara Dardinge, veröffentlicht in ihrem Blatte eine Unterredung mit dem Kapp-Hauptling Kapitänleutnant Ehrhardt, den sie im Munsterlager, inmitten seiner Marinebrigade gesprochen hat. Der Kapp-Hauptling erklärte darin, daß nicht der Generalkrieg das Schicksal des Putsches verschuldet habe. Eine Regierung, die eine starke Militärmacht hinter sich hätte, könnte durch den Generalkrieg nicht bezwungen werden. Ehrhardt weiß, wie es das nächste Mal zu machen ist. Er laßt der Engländerin:

Das Militär muß die Ordnung aufrechterhalten und Veränderungen verhindern, und die Regierung muß soviel Nervon haben, einmal zehntausend Menschen im nördlichen Berlin Hungers sterben zu lassen, dann wird das Volk für eine Weile wohl seinen zweiten Generalkrieg unternehmen.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Kappisten, die Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler ganz nach diesem Rezept verfahren würden.

Ehrhardt dürstet auch noch nach andern Menschenleben. Er mißt dem Streik der Unterhausekretäre mehr Schuld am Scheitern des Putsches zu als dem Generalkrieg. Er köhnt sich leicht erheben über die Intrigen jüdischer Unterhausekretäre, denen es gelungen war, einen Streik der Regierungsdienstleistungen herbeizuführen und so die Staatsmaschine lahmzulegen. Und dann sube er fort:

Wir haben es unterlassen, die Unterhausekretäre zu erschlagen, ein bedauerliches Versehen!

Zum Schluß noch stellt er den Vürgern die folgende Denkschrift aus: Die Freiheit des Bürgeriums ist ebenso verantwortlich für unsern Mißerfolg. Die Bürgerlichen waren zwar über unsern Putsch entsetzt, blieben aber zu Hause und wuschen ihre Hände in Unschuld, anstatt offen herbeizutreten und uns zu helfen.

Und dieser blutdürstige Verbrecher läuft trotz Ostidols noch immer frei herum. Und seine Truppe bleibt stramm bestimmen.

Der Reichswehrminister, der vor einiger Zeit mit großem Nachdruck erklärt hat, er werde die Marinebrigade Ehrhardt wenn nötig, mit Gewalt auflösen, läßt bisher noch jeden Mut dazu vermissen. Die Nachrichten, daß er die Brigade nach dem System des Hauptmanns Schindler anguldfen möchte, ist also in alle Ewigkeit beizubehalten sich bemüht, werden beharrlich. Der Reichswehrminister will durch das verlockende Angebot der Anstellung die Brigade schwächen und so ganz allmählich zu ihrer Auflösung gelangen. Um seinen fehlenden Mut zu gewissenhafter Ausführung zu verbergen, verhängt er sich hinter der Androhung, daß es aus politischen Gründen eine sehr zweifelhafte Angelegenheit sei, mitten im Wahlkampf gewalttätig gegen die Brigade vorzugehen. Inzwischen sendet die Brigade ihre Werber in alle Welt und vermehrt sich von Tag zu Tag. Die Berliner Volkspartei konnte in ihrer Morgenausgabe vom 7. Mai mitteilen, daß im Wartsaal der 2. Klasse auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein Unteroffizier Raberger von der 8. Kompanie der 4. Marinebrigade aus dem Munsterlager für seine Brigade Mannschaften angeworben. Er hatte genügend Blankoformulare zur Erlangung von Militärpässeparten bei sich, die von der 4. Marinebrigade unterschrieben waren. Dieser Vorfall zeigt aufs klarste, wie der Herr Reichswehrminister sich die Auflösung der Marinebrigade vorstellt.

Frau Clara Dardinge erzählt zu diesem Thema auch noch ein paar merkwürdige Neuigkeiten, die Herr Behler der Deutschen Sozialisten bisher vergessen hat. Danach ist der Kapitän Ehrhardt vorläufig durch den General Wehrndt ersetzt worden. Dieser hat die Aufgabe, die Marinebrigade in eine neue Marineformation umzuwandeln, die die Bezeichnung der Schiffsklasse in trägt. Wehrndt, die in diese neue Formation übernommen werden, werden zuerst aus der Brigade Ehrhardt entlassen und beurlaubt. Sie erhalten bis zum 10. Juli die völlige Wohnung von Teilen der Marinebrigade und eine Erziehung (1) für die Monate Januar bis Mai.

Espreant für Meuterer — es wäre zum Schließen, wenn nicht Deutschlands Schicksal dabei auf dem Spiele stände.

### Die Opposition der Rechtssozialisten.

Berlin, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung der S. V.) Die Gruppe der linken Opposition innerhalb der Reichssozialdemokratischen Partei hat für Sonnabendabend ihre Anhänger nach dem Munsterlager in der Kaiser-Wilhelm-Strasse eingeladen. Zu dieser Sitzung kam auch eine Anzahl Anhänger der offiziellen Partei, darunter der Parteiführer Theodor Schiffer. Die Ursache für die Zusammenkunft war, daß die Zentralverwaltung beschlossen hatte, alle oppositionellen Mitglieder im Wahlkampf nicht zu Wort kommen zu lassen. In der silesischen Aussprache führte Cohen aus, daß die offizielle Partei eine herabwürdige Rolle von Profiteuren spielen habe, daß es nur richtig sei, im Wahlkampf von der bisherigen Politik abzuzehren. Einzelne Redner vertraten den Standpunkt, daß sie für Vorschlagslisten, auf denen Kandidaten stehen, die politisch durchaus kompromittiert sind, nicht mit gutem Gewissen eintreten können. Besonders Angriffe war bei diesen Besprechungen der Vorsitzende der Berliner Organisation

Frank Krüger anführte. Am Schluß der Versammlung wurden zwei Entschlüsse gefasst. In der ersten wurde auf das Entschließen dagegen protestiert, daß einzelnen Parteigenossen beim Referieren im Wahlkampf wegen ihrer oppositionellen Haltung das Wort abgeschnitten wird. In der zweiten wurde gefordert, daß die Opposition als eine Minderheit in der Partei des Rechts der Vertretung auf der Kandidatenliste habe und daß insbesondere die am Sonntag stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins Berlin einen Angehörigen der Opposition an ausführender Stelle in ihrer Vorschlagsliste zu stellen habe. Diese Forderung ist bereits abgelehnt.

Die sozialdemokratische Parteikonferenz für Berlin und Brandenburg stellt am Sonntag folgende Kandidaten auf: Für den Wahlkreis Berlin: 1. Hugo Dornann, 2. Frau Bohm-Schuch, 3. W. Fischer, 4. Reichsminister Schmidt; für den Wahlkreis Potsdam: 1. Rudolf Wisse, 2. Maria Juchacz, 3. Otto Sydow, 4. Hermann Müller-Riederbaum (nicht der Reichsanwalt), 5. Adolf Busch, 6. Alex. Haller.

### Für die Betriebsräte-Organisation.

Berlin, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung der S. V.) Am Sonntagvormittag fand eine Massenversammlung der Betriebsräte im Circus-Busch statt. Die Versammlung wurde durch Kaiserin eröffnet. Der Vertreter der russischen Gewerkschaften, die Scherzhaft überbrachte den deutschen Betriebsräten die Grüße des russischen Proletariats. Die Sowjetmacht ist heute trotz den Angriffen stärker denn je. Der politische Anarist auf Sowjetrußland werde vom internationalen Kapital getötet. Sowjetrußland habe überhaupt nicht ein aggressives Vorgehen gedacht und sei an der politischen Grenze auf einen Anarist nicht vorbereitet gewesen. Der Angriff der Polen könne nur einen vorübergehenden Erfolg haben. Däumig, Wied und Richard Müller referierten dann über die Bewegung der Betriebsräte. Müller führte aus, die Betriebsräte der Arbeiterpartei in der politischen Parteien machten die Betriebsräteorganisation zur Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung notwendig. Die Betriebsräte müßten für politische Kämpfe herangezogen werden und für kommende Kämpfe müßten man gerüstet sein.

Einmütig wurde eine Resolution gefaßt, in der es heißt: Die Versammlung verurteilt die Stellungnahme der Berliner Gewerkschaftskommission, die den Zulassungsschritt der Betriebsräte über den Rahmen der Berufsorganisationen hinaus zu verhindern sucht. Sie verpflichtet die Betriebsräte aller Organisationen und Parteigruppen, sich zusammenzuschließen und unter einer nach den Grundgedanken des Rätesystems gewählte Leitung zu stellen.

### Die Betriebsratswahlen im Ruhr-Bergbau.

Nach dem sehr vorliegenden Ergebnis der Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet haben erhalten: Freie Gewerkschaften 105 078 Stimmen und 1105 Mandate, Christliche Gewerkschaften 85 181 Stimmen und 305 Mandate, Polen 15 874 Stimmen und 128 Mandate, Christlich-Deutsche Gewerkschaften 842 Stimmen und 5 Mandate, Bergarbeiter-Union 42 400 Stimmen und 410 Mandate.

### Keine Montagszeitungen mehr in Berlin.

Berlin, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung der S. V.) Berlin ist heute zum ersten Mal am Montag früh ohne die üblichen Morgenausgaben der politischen Tageszeitungen. Wie bekannt ist, haben die Zeitungsausbringerinnen mit den Verlegern vereinbart, daß sie ihre volle Unabhängigkeit dadurch genießen, daß sie zwar die Sonntagmorgenausgabe zur Bestellung bringen, nicht aber die Montagmorgenausgabe. Die meisten Zeitungen verzichten deshalb verabredungsgemäß auf die Ausgabe einer Montagmorgenausgabe, nur die Deutsche Tageszeitung durchbricht diese Vereinbarung und erscheint heute morgen im Straßenverkauf. Die übrigen Blätter, mit Ausnahme der ausgesprochenen Straßenverkaufsblätter, wie die Welt am Montag, erscheinen heute in einer Nachmittagsausgabe, etwa gegen 12 Uhr.

### Das Schreckensurteil gegen den Genossen Kilian befaßt.

Bekanntlich wurde der Arbeiterführer von Halle, Genosse Kilian, am 15. Dezember 1910 wegen unbefugter Bildung bewaffneter Haufen, wegen Freiheitsberaubung in zwei Fällen und wegen Aufreißung zum Klassenhate von der Strafkammer Halle zu drei Jahren Gefängnis verurteilt unter Anrechnung von acht Monaten Unterbringungshaft. Gegen dieses Urteil hat Genosse Kilian Revision eingelegt. Ein halbes Jahr brachte der schwerfällige bürokratische Justizapparat, bis endlich am 8. Mai unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten von Pöschgen vor dem dritten Strafsenat des Reichsgerichts über die Revision verhandelt wurde.

In sehr unwillkürlichen Worten sprach Verteidiger Herzfeld jun. (Berlin) das Urteil an: Kilian wollte nicht etwa behaupten, daß das Strafgesetz mit der Revolution aufgehoben war, sondern es sei eine Rechtsveränderung durch Eingriffe neuer, Rechtsgelände eingetreten. Kilian habe also geglaubt, es sei neben dem bestehenden Recht ein neues erweitertes Recht der revolutionären Organe entstanden. An Hand von mehreren Verordnungen des Volksgesetzes vom November und Dezember 1918 wies Herzfeld nach, daß Kilian zu dieser Ansicht kommen konnte. Auf Grund dieser Verordnungen hielt sich Kilian für befugt, das zu unternehmen, was ihm teilweise in der Verfügung über Last gelegt wurde. Wenn man sich aber nicht auf diesen Standpunkt stelle, so liege ein außerordentliches Rechtsvergehen vor. Das komme hinsichtlich der Verhaftung Hartungs und Wanges und auch der ihm zur Last gelegten „Bandenbildung“ in Frage. Wenn das Urteil Reichland als Verstoß gegen Kilians Befehl, so sei dies nach § 262 der Strafgesetzbuch vollkommen unzulässig, da diese Behauptung im Urteil weder durch Tatsachen noch durch Zeugen bewiesen werde. In der ursprünglichen Ordnung oder Gewalt, das Kilian verfaßt haben soll, mit keinem Wort zu Gewalttätigkeit aufgeführt, wie es der § 180 verlange. Es werde lediglich zur Fortsetzung des Generalkriegs aufgeführt. Da ferner die Truppen, gegen die sich das Flugblatt wendet, nach dem Gesetz keine Bewaffnungsklasse bilden, so könne der § 180 überhaupt nicht in Anwendung kommen. Der Reichsanwalt Sauck hielt das Urteil in allen Punkten für gerechtfertigt und beantragte, ohne die Einwände Herzfelds zu widerlegen, die Revision zu verwerfen, da es im Urteil heiße, Kilian sei sich der Strafbarkeit seiner Handlungen bewußt gewesen. — Das Urteil lautete demgemäß: Die Revision wird als in allen Punkten unbegründet verworfen.

Vom dem Reichsgericht, dessen Richter noch ganz im Geiste des alten vorrevolutionären Deutschland befangen sind, war ein anderes Urteil nicht zu erwarten. Es wird die höchste Zeit, daß der Geist der Neuzeit endlich auch in die Gerichtshäuser, in denen die Justiz noch waltet, als habe es in Deutschland noch nie eine Revolution gegeben, einbringt. Ohne nachhaltigen Druck von außen wird das allerdings nicht möglich sein. Durch die bevorstehenden Wahlen kann auch in dieser Hinsicht ein gutes Stück Vorarbeit geleistet werden, wenn das arbeitende Volk in entsprechender Weise seinen Willen in unabweisbarer Weise zum Ausdruck bringt.

Im übrigen müßte Genosse Kilian jetzt aus der Haft entlassen werden. Da bekanntlich Genosse Kilian, der Vertreter des Bezirks Wertheim-Erfurt in der Provinzialen Nationalversammlung sein Mandat niedergelegt hat und die auf der Liste stehenden Kandidaten auf die Ausübung ihres Mandates ver-